Erscheint wöchentlich 4 Mal: Dienstag und Freitag früh, Mittwoch und Sonnabend Mittag. Pränumerations-Preis für Einheimische 18 Sgr., mit Botenlohn 19 Sgr.; Auswärtige zahlen bei den Königl. Post-Anstalten 21 Sgr. 3 Pf.

Insertionen werden bis Montag und Donnerstag Abends 5 Uhr, Mittwoch und Sonnabend bis Vormittags 10 Uhr in der Expedition angenommen, und kostet die einspaltige Corpus-Zeile oder deren Raum 1 Sgr. 6 Pf.

Thorner Wochenblatt.

№ 85. Sonnabend, den 2. Juni. 1866

Zur Situation.

— Die „Europe" veröffentlicht den Inhalt der Einladungs-Depesche, die dem Fehrn. v. Kübeck durch den beim Bundestag accreditirten französischen Gesandten übergeben worden ist. Die v. 28. d. datirte Mittheilung lautet im Wesentlichen: Die zwischen Oesterreich und Preußen in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit ausgesprochene Differenz ist zum Gegenstande großer Sorgen für Europa geworden. Die öffentliche Meinung ist durch die Möglichkeit eines Krieges aufgeregt, durch welche so viele der verschiedenen Interessen berührt werden. Frankreich, Großbritannien und Rußland konnten selbst nicht ohne Unruhe der Möglichkeit eines Waffenkampfes ins Auge sehen, bei welchen Staaten, für die sie gleiche Freundschaft hegten, einander gegenüberstehen würden. Die gewichtigsten Erwägungen haben sie bewogen, die Mittel hervorzusuchen, durch welche diese Gefahr beschworen werden kann. Die drei Mächte sind in Bezug auf diesen Gegenstand in ein und demselben Gedanken des Friedens und der Versöhnung mit sich zu Rathe gegangen und haben sich darüber verständigt, um zu gemeinsamen Berathungen die Regierungen einzuladen, welche in die Streitfrage mit verwickelt sind, oder in dieselbe hineingezogen werden können, nämlich Oesterreich, Preußen, Italien und den deutschen Bund. Der Gegenstaud dieser Berathungen drängt sich von selbst allen Gemüthern auf. Es handelt sich in dem Interesse des Friedens auf diplomatischem Wege über die Herzogthümerfrage, über die Frage der italienschen Differenz, und endlich über die Reformen, welche in der Bundesacte vorzunehmen sind, in soweit die Echaltung des europäischen Gleichgewichts ein Interesse daran nehmen kann Beschlüsse zu fassen. Wenn der hohe deutsche Bund darin willige, diesem Rufe zu folgen, so möge sein Bevollmächtigter sich in Paris denen Frankreichs, Großbritanniens und Rußlands anschließen. Die Depesche schließt: Die Regierung des Kaisers hegt das Vertrauen, daß die Mächte, welche sich gegenwärtig mit den Vorbereitungen zum Kriege beschäftigen, geneigt sein werden, dieselben, indem sie dem Vorschlage der drei Höfe beitreten, zu suspendiren, selbst dann, wenn sie Anstand nehmen sollten, ihre Streitkräfte auf den Friedensfuß zurückzuführen.

— Der Zusammentritt der Pariser Conferenz findet, wie jetzt auch die ministerielle „Prov.-Correspondenz" bestätigt, im Laufe der nächsten Woche statt. Zunächt werden vermuthlich die Gesandten am französischen Hofe die Verhandlungen führen: möglicher Weise jedoch später, zumal wenn die Berathungen eine Aussicht auf Erfolg darbieten, die Minister der betheiligten Staaten selbst sich nach Paris begeben. Auf eine Anfrage des spanischen Gesandten in Paris, Marquis de Leyma, hat Herr Drouyn des Lhuys geantwortet, die jetzt in Aussicht genommene Conferenz könne nur als eine präliminarische gelten, zu welcher, wenn sie erst in einen Congreß verwandelt worden, auch alle die anderen Unterzeichner der Wiener Schlußacte, also auch Spanien und Schweden, Einladungen erhalten würden.

— Die für Venetien von Oesterreich ausgeschriebene Zwangsmaßregel muß, wie wir schon gestern bemerkten, nothwendiger Weise die Spannung zwischen Oesterreich und Italien in bedenklichem Grade erhöhen. Auch die „N. A. Z." ist der Meinung, daß dies eine Maßregel von „großer unmittelbarer Tragweite" sei. „Man werde — sagt sie — dieselbe in Italien als eine Provocation ansehen und ein Schrei der Entrüstung durch das Volk gehen, der unmöglich von der Florentiner Regierung überhört werden kann."

— In süddeutschen Blättern befanden sich Andeutungen über neue Wendungen zu Gunsten des Herzogs von Augustenburg. Die „Kreuzztg." erklärt dem gegenüber, sie dürfe wohl kaum andeuten, daß „es sich dabei nur um neue Täuschungen handeln kann; die Chancen für den Prinzen waren niemals so gering, als in diesem Augenblick, wo sie entschieden unter Null stehen." Der Berliner Correspondent der „Times" theilt diese Ansicht nicht vollständig. Er constatirt, daß der Herzog mit dem Kronprinzen von Preußen ununterbrochen in intimen Beziehungen stehe und er hält eine Verständigung mit demselben noch immer für möglich.

— Die neuesten Pariser Berichte sprechen nicht mehr von einer Vorkonferenz der Gesandten, sondern nehmen an, daß die Minister des Auswärtigen sich schon im Lufe der nächsten Woche in Paris einfinden werden, um die Verhandlungen persönlich zu eröffnen. Fürst Gortschakow und Graf Bismarck sollen sich bereits angemeldet haben und nach einer Wiener Mittheilung steht auch die Abreise des Grafen Mensdorff nahe bevor. Man ist in dieser Beziehung dem Wunsche des Kaisers der Franzosen nachgekommen, welcher die Berathungen, sie mögen nun zu einem Ergebniß führen oder nicht, mit dem möglichst großen Aufwande von Ostentation in Scene gesetzt zu sehen wünscht. — Die „Elberf. Ztg." berichtet über den eingeleiteten Verkauf der westfälischen Staatsbahn folgendes: Es ist über die Veräußerung der Westfälischen Staatseisenbahn an die Bergisch-Märkische Eisenbahngesellschaft eine Verständigung zwischen dem königlichen Handelsministerium und der genannten Gesellschaft zu Stande gekommen, jedoch unter dem ausdrücklichen Vorbehalte der Genehmignng des Landtages, deren Einholung vom Ministerium beschlossen ist. Die Eisenbahnverwaltung hat die Zustimmung einer außerordentlichen Generalversammlung vorbehalten und die letztere auf den 30. d. M. einberufen, an welchem Tage die gewöhnliche Generalversammlung und eine außerordentliche Generalversammlung zur Beschlußnahme über die Ruhrbahn stattfindet. Wegen der westfälischen Bahn wird die Generalversammlung voraussichtlich keinen Beschluß fassen können, weil dazu die Vertretung von 3/4 des ganzen Aktienkapitals nothwendig sein würde; vielmehr wird sechs Wochen später eine zweite GeneraleVersammlung einberufen werden müssen, um über diesen Gegenstand durch Stimmenmhrheit der anwesenden Aktionäre zu beschließen.

— Der „Independance" wird aus Paris berichtet: „Es ist nur zu wahrscheinlich, daß im Fall der Erfolglosigkeit des Congresses der Krieg sich unter einer

— **Adresse an den König.** Die Handelskammern von Düsseldorf, Crefeld, Dortmund, Duisburg, Iserlohn, Lennep, Malmedy, Mühlheim a. d. Reuß, Saarbrücken, Siegen, Stolberg, Trier, Münster, Elberfeld und Barmen, Hagen, haben gemeinschaftlich unter dem 25. Mai folgende Adresse an den König abgesandt: „Allerdurchlauchtigster ꝛc. Ew. Maj. wagen die gehorsamsten Handelskammern von Rheinland und Westfalen ehrerbietigst die großen Drangsale vorzustellen, welche die Verwickelung der politischen Verhältnisse über das Land, besonders aber über unsere vorherrschend industriellen Provinzen zu verhängen droht. Die immer näher rückende Kriegsgefahr, die Mobilisirung der Armee haben schon jetzt eine erschreckende Wirkung im Gefolge gehabt. Wo die Industrie heimisch, ist die Bevölkerung zahlreicher, als gewöhnlich; ihr Wohl und Wehe, ihre Existenz hängt zum größten Theile von dem Gange des Handels und der Gewerbe ab. Der Handel und das Gewerbe liegen aber darnieder; der Credit ist verschwunden, angesehene gut fundirte Häuser haben ihre Zahlungen einstellen müsse, eine Menge Geschäft werden in Mitleidenschaft gezogen und der den Credit untergrabende Schrecken ist schon so groß, daß selbst die preußischen Banknoten entwerthet und in den angrenzenden Staaten nur mit erheblichem Verluste zu begeben sind. Weder der große Industrielle, noch der umsichtige Arbeiter verkennt die Segnungen, welche ihm durch eine weise Regierung innerhalb fünfzig Friedensjahren zu Theil geworden sind. Die hier einheimische Industrie wußte sich durch rastloses Streben und Intelligenz einen Markt zu verschaffen und unter allen Zonen konnte aber diese Ausdehnung auch nur gewinnen, weil sie den Credit rechtfertigte, der ein werthvollerer Factor als das Capital selber ist. Schwindet aber der Credit in so verwickelten Zeiten nicht nur für den Einzelnen, sondern für ganze Staaten, so ist damit der Lebensnerv für jede Erwerbsklasse unterbunden und, während auf der einen Seite das Capital nur nominell in seinem Werthe sinkt, es geht das Vertrauen, die Quelle des Credits, verloren, worauf der Erwerb und so die Steuerkraft des Landes beruht. Unsägliches Elend stellt der bevorstehende Krieg um so mehr in Aussicht, als derselbe Dimensionen anzunehmen droht, welche jeglicher menschlichen Berechnung fern liegen. Ew. Majestät sind Herr über Krieg und Frieden, deshalb betrachten wir es als eine gebieterische Pflicht, uns in Vertretung der uns anvertrauten höchst wichtigen Interessen dem Throne zu nahen, in der festen Zuversicht, daß Allerhöchst Dero Huld eine Bitte, der Pflicht und Humanität entsprungen, Allergnädigst aufnehmen werden. Maj. wollen uns gestatten, mit Freimuth es auszusprechen, daß das ganze Land dem drohenden deutschen Bruderkriege entgegen ist, vor der Zukunft bangt, nicht bloß aus Sorge für das eigene Wohlbefinden, sondern mehr noch aus Sorge für die Gefahren, welche daraus für das preußische Vaterland entspringen können. Wir dürfen es uns nicht verhehlen und fühlen uns gedrungen, als unabhängige Männer es offen auszusprechen, daß bei aller Opferwilligkeit der preußischen Volkes, für die höchsten Güter des Vaterlandes einzustehen, ihm die Begeisterung fehlt, deren ein Kampf für die wahren deutschen Interessen schwerlich entbehren kann. Ew. Maj. wagen wir demnach ehrfurchtsvoll zu bitten: Allergnädigst dem Vaterlande den Frieden zu erhalten In tiefster Ehrfurcht ꝛc."

— **Zur Zeitgeschichte.** Der „Bresl. Ztg." schreibt ein Berliner Correspondent: Die Wiener Zeitungen berichten von einer ihnen aus Hamburg zugegangenen Aufforderung, für die Erhaltung des Friedens täglich sechs Stunden zu beten. Hier sind wir schon weiter. Mir wenigstens ist heute ein Schreiben mit der Aufforderung zugegangen, für den Sieg der Preußischen Waffen zu beten. Schwerlich werde ich so viel leisten können, wie der Pastor Jänicke. Als nämlich die funfzigjährige Gedenkfeier der Schlacht bei Großbeeren stattfand, examinirte der bekannte hiesige Pastor Steffann in einer Knabenschule nach dem Sieger von Großbeeren. Weder der Kronprinz von Schweden, noch Bülow, noch Tauentzien wurden als Sieger anerkannt. „Die Schlacht bei Großbeeren," sagte der fromme Herr, „hat der Pastor Jänicke von der Böhmischen Gemeinde gewonnen, der sich beim Beginn der Schlacht auf die Knie warf und so heftig betete, daß der liebe Gott den Preußen den Sieg schenken mußte." — Auch in Neapel hat das Beten geholfen. Der Vater des Exkönigs Franz hatte seine 1849 zur Unterwerfung Siciliens ausgesandten Soldaten zwar mit schlechten Gewehren, aber auch mit zahlreichen Streichhölzern ausgerüstet. Vermittelst des Sengens und Brennens wurde vom General Filangieri die Insel unterworfen. Als nun der Preußische Gesandte zu dem Könige bemerkte, wie viel er seinem General verdanke, erwiderte Ferdinand heftig: „Nicht er hat Sicilien erobert. Ich habe es gethan mit meinem Knieen vor dem wunderthätigen Madonnenbilde."

ganz andern Physiognomie darstellen wird, und daß die Neutralität Frankreichs, da die Französische Actionsfreiheit sich zu Gunsten einer der kriegführenden Mächte wird entscheiden müssen, nach dem Congreß fast unmöglich ist. „Daher dürfen wir uns keine Illusion machen; sobald der Congreß scheitert, bricht der Krieg sofort auf der ganzen Linie aus, und wir werden sehen, daß Frankreich als eine der ersten Mächte sich an dem Kampfe betheiligt. Diese Thatsache kann von den Mächten, die an der Aufrechthaltung des Friedens interessirt sind, nicht genug in Erwägung gezogen werden, und es würde für Oesterreich und Preußen am besten sein, die Discussion des Congresses gar nicht anzunehmen, wenn diese beiden Mächte nicht im Voraus die Nothwendigkeit eines Opfers ins Auge fassen, das allerdings durch neue Erwerbungen ersetzt werden mag, aber eines für die dynastische Eigenliebe doch mehr oder weniger empfindlichen Opfers. Nach den Briefen, welche aus Berlin hier angekommen, zeigt Graf Bismarck sich mit der Wendung der Angelegenheiten sehr wenig befriedigt und er soll den Congreß nur in der Hoffnung angenommen haben, den Vorschlag der neutralen Mächte von Oesterreich verworfen zu sehen. Wie es scheint, liegt es jedoch dem König am Herzen, Europa diesen Beweis seiner Friedensliebe zu geben."

Politische Rundschau.

Deutschland. Berlin, den 1. Juni. Die Verhandlungen des deutschen Abgeordnetentages sind jetzt mit dem Verzeichniß der Mitglieder desselben, dem Wortlaute der Anträge, Aufschriften, Erklärungen 2c. unter dem Titel: „Verhandlungen des dritten Kongresses deutscher Abgeordneten vom 20. Mai 1869 zu Frankfurt a. M." (Frankfurt a. M., in Kommission der F. Bosselli'schen Buchhandlung) im Druck erschienen. Die Reden der Abgeordneten sind nach stenographischen Aufzeichnungen wiedergegeben.

— Die „Spenersche Ztg.", bisher eine treue Verehrerin der auswärtigen Politik des Grafen Bismarck, kommt immer mehr zu der Ueberzeugung, daß es gerade diese Politik ist, welche Preußen entschieden Nachtheil zufügt. Sie sagt: „Wir haben noch viel zu thun, um das Mißtrauen, welches unsere Gegner wider uns verbreitet, und welches sie zum Vorwand ihrer Rüstungen gemacht haben, niederzukämpfen. Wenn ein Theil der deutschen Staaten unter die Waffen getreten ist, so ist dies eben nur dem Umstand zuzuschreiben, daß es Oesterreich gelungen ist, uns in den Verdacht aggressiver, gewaltthätiger Absichten zu bringen. Dies Mißtrauen spricht sich in den Thronreden der Könige von Württemberg und Sachsen, so wie in der Ministerrede des Hrn. v. Dalwigk aus, und zeigt sich unverhohlen in den Verabredungen, die augenscheinlich zwischen Sachsen, Bayern, Württemberg, Nassau, Hessen-Darmstadt — die Höfe haben deren gar kein Hehl — zu Stande gekommen sind. Und wir haben gar keine Bürgschaft, daß nicht auch die Stände in den meisten dieser Staaten von dem Mißtrauen bewegt werden, welchem ihre Regierungen Worte gegeben haben; vielmehr haben wir allen Grund, anzunehmen, daß auf den meisten dieser Landtage sehr harte Worte gegen das fallen werden, was man in Deutschland die Bismarck'sche Politik zu nennen sich gewöhnt hat. Preußen darf in keinem Falle die Stimmung in Deutschland in dieser Schwebe lassen. Wir haben nicht die Vortheile einer agressiven Politik, wir haben aber die unsäglichen Nachtheile, die darin liegen, daß man sie uns zutraut und daß der Gegner sich stärkt durch den moralischen, ja vielleicht selbst materiellen Succurs, den ihm die geängsteten Mittel- und Kleinstaaten leihen, wenn es sich mehr und mehr auf seine Seite zieht. Gewiß sind alle Preußen entschlossen, ihren vaterländischen Boden zu vertheidigen, wenn ihn ein Gegner angreift, aber die Zukunft Deutschlands wollen sie auch in einem Kampfe, wo Preußen mit rein deutschen Staaten auf blutigen Schlachtfeldern sich zu messen hätte, nicht erwerben. Und wer kann sich der Meinung verschließen, daß in den allseitigen Kundgebungen des preußischen Volkes etwas Wahres liegt, daß wir dieser Gefahr nur entgehen, wenn ein Regierungs-System in Preußen weicht, auf welches sich ganz persönlich das Mißtrauen Deutschlands concentrirt. Wir glauben, die Männer selbst, denen man aggressive Tendenzen zutraut, ohne daß sie doch bei der ganz durchsichtigen, rein defensiven Politik unseres Königs, unseres Staates ausführbar sind, erkennen, daß ihre ferneren Dienste ihrem Vaterlande in diesem Augenblicke nicht von dem Nutzen sind, den sie als patriotische Männer leisten möchten. Wir brauchen, in Deutschland wie im eigenen Lande, jetzt volles Vertrauen, nicht schwer niedergekämpftes Mißtrauen. In Zeiten, wie die jetzigen, wo doch Jeder an den Staat und seine Gefahr denkt, gilt es ja vieleicht: vox populi, vox dei!"

— Die von offiziöser Seite in Aussicht gestellten Personal-Veränderungen in den höheren Regierungskreisen werden, wie die „Elberf. Ztg." aus Berlin berichtet, darin bestehen, daß an Stelle des aus dem Staatsdienst scheidenden Regierungs-Vicepräsidenten v. Wintzingerode zu Potsdam der Regierungs-Vicepräsident v. Kamptz zu Königsberg tritt, welcher durch sein strammes Auftreten gegenüber der Bürgerschaft von Königsberg sich den Ruf eines tüchtigen Verwaltungsbeamten — im conservativen Sinne nämlich — zu verschaffen gewußt hat. Die Stadt der Intelligenz scheint einer solchen vorzugsweisen Berücksichtigung freilich nicht minder bedürftig, als die Stadt der reinen Vernunft; man ist übrigens gespannt darauf, wie unser Oberbürgermeister Seydel sich mit seinem neuen Vorgesetzten stellen wird. [Herr v. Kamptz wird zu Königsberg durch den Landrath des Kreises Mörs, den zur Zeit mit der kommisiarischen Vertretung des Oberbürgermeisters von Königsberg beauftragten Hrn. v. Ernsthausen ersetzt werden. — Wie der Russisch-Polnische Correspondent der „Ostsee-Ztg." berichtet, war in Warschau in diesen Tagen das Gerücht verbreitet, Graf Murawieff sei plötzlich aus Petersburg verschwunden, und man vermuthe, daß er von den Mitverschworenen Karakozoffs aus dem Wege geräumt worden sei. Jene Mitverschworenen sollen nämlich, nachdem sie erfahren, daß Murawieff ihrer geheimen Verbindung auf die Spur gekommen sei, sich eine Hofequipage mit in Kaiserlilche Livree gekleideten Dienern besorgt und dieselbe wie im Auftrage des Kaisers nach dem Geneneral geschickt haben, der sich dadurch habe tauschen und und entführen lassen. Seitdem sei der General spurlos verschwunden und man vermuthet, daß er in der Newa ertränkt worden sei. Den Russischen Zeitungen sei verboten, diesen Vorfall in die Oeffentlichkeit zu bringen. Die Bestätigung dieses an sich sehr unwahrscheinlichen Gerüchtes muß abgewartet werden.

— Als ein Zeichen, daß in den Regierungskreisen der Krieg bereits als unvermeidlich betrachtet wird, kann ein Aufruf an die Frauen Berlins betrachtet werden, welcher die Gründung eines Vereins von Frauen und Jungfrauen zunächst zur Unterstützung der ihrer Ernährer durch die Mobilmachung beraubten Familien bezweckt. An der Spitze der Unterzeichnerinnen befinden sich die Frauen der Minister von Bismarck, v. Bodelschwingh, v. Selchow, Graf Itzenplitz, die Gräfin Arnim-Boytzenburg und die Gräfin Wrangel.

— Die „Prov.-Corr." hat eine Ansprache an die Wähler gerichtet, in der sie an die Vaterlandsliebe der Wähler appellirt, um die „demokratischen Wortführer" zu bekämpfen, welche der Regierung die Mittel zur Kriegführung so lange verweigern wollen, bis die Verfassungsrechte hergestellt sind. „Das hieße den Preußischen Staat zerstören und vernichten", meint die „Prov.-Corr." — Wie verkehrt! Als ob der Preußische Staat mit dem jetzigen Ministerium identisch wäre, und ob nicht darin gerade die Erhaltung der großen, jetzt in Frage gestellten Staatsinteressen liege, wenn das Verfassungsleben endlich auf die Grundlage gestellt wird, auf der es allein gedeihen kann. Die Zerstörung liegt in Verhinderung dieser Entwickelung. Wenn die „Prov-Corr." meint, ein Landtag, welcher der Regierung in ihren großen Aufgaben nach außen thatkräftig zur Seite trete, müsse sich auch über die inneren Streitfragen verständigen können, so zeigt sie damit abermals, wie gering ihr Verständniß politischer Verhältnisse ist. Die auswärtige Poltik kann von der inneren nicht getrennt werden, und wo beide ihren Zweck verfehlen und sich auf einer schiefen Ebene bewegen, kann nur von einer doppelten und verschärften Opposition die Rede sein. Die „Prov.-Corr." hofft, daß die Wähler ihre Weisheit erkennen und nach ihrem Sinne wählen werden. Mag sie hoffen! Der Glaube macht ja selig, und wir gönnen ihr die kurze Seligkeit, wenn sie deren fähig ist, was wir aber auch noch stark bezweifeln.

— Ueber die Landlieferungen für die Armee werden gegenwärtig sog. Anerkenntnisse ausgefertigt, die mit 4% verzinst werden und für die ein Zahlungstermin nirgend bestimmt ist. Durch diese Anerkenntnisse erhält der Staat eine eigenthümliche schwebende Schuld. Das betreff. Gesetz v. 12. Mai 1851 trat an die Stelle einer Cabinetsordre, welche während der Mobilmochung von 1850 erlassen wurde. Die damalige zweite Kammer verwarf ein Amendement Kries, wonach solche Anerkenntnisse nur unter Zustimmung der Kammern ausgestellt werden durften, mit 134 gegen 134 Stimmen, und ebenso mit 140 gegen 123 Stimmen ein Amendement Beseler welches alle Landlieferungen baar bezahlt wissen wollte. Auch der Abgeordnete v. Vincke wollte der Contrahirung solcher bloßen Verwaltungsschulden ohne Zustimmung der Kammern einen Riegel vorschieben. Der damalige Finanzminister v. Rabe suchte aber durch die Erklärung zu beruhigen, es verstehe sich von selbst, daß die Frage, wie die Zahlung erfolgen solle, vor die Kammern gebracht werden müsse. Wie nun, wenn die Abgeordneten demnächst auf eine Fundirung dieser schwebenden Schuld nicht eingehen? Rönne meint in seinem Staatsrecht I. S. 259, daß bis zu solcher Fundirung das Staatsministerim für die Schuld allein verantwortlich ist.

— Der Bezirksverein „Alt-Cölln" hat gestern auf Antrag des Hrn. Bey einstimmig folgende Resolution beschlossen: „Bevor die nothwendige verfassungsmäßige Genehmigung der Kammern zur Ausgabe von Darlehns-Kassenscheinen ertheilt ist, betrachten wir deren Annahme im Verkehr als unzulässig."

— Der Consum-Verein „Schulze-Delitzsch" nahm nach dem „N. A. B." in seiner General-Versammlung einen Antrag des Ausschussen an, an der „Consum-Vereins-Kasse" die neuen Darlehns-Kassenlcheine nicht als Zahlung anzunehmen.

Frankfurt, den 30. Mai. In der heutigen Sitzung des Bundestags-Ausschusses wurde die Annahme der Einladung zur Conferenz und die Vertretung des Bundes durch Bayern beschlossen. Hr. v. d. Pfordten, welcher die Mission unzweifelhaft annimmt, wird in der am Freitag stattfindenden Bundestags-Sitzung als Vertreter gewählt werden.

Oesterreich. Die Wiener „Ostdeutsche Post" legt dem Besuch der Königin Olga von Würtemberg in Wien (bekanntlich die Schwester des Kaisers von Rußland) „eine große politische Wichtigkeit" bei. Nach einer Lobrede auf die Einigkeit zwischen Volk und Regierung in Würtemberg und auf die hohe Königliche Frau mit dem „blassen edlen Antlitz" fährt die „Ostd. Post" fort: „In demselben Momente, wo zwischen der preußischen und würtembergischen Regierung ein Notenwechsel über Rüstungen, Krieg und Frieden gewechselt werden, trifft die Königin Olga in Wien ein und nimmt ihren Aufenthalt in der kaiserlichen Hofburg. Wer will den Sinn dieses Besuches verkennen. Derselbe erhält aber eine noch höhere Bedeutung dadurch, daß die Königin von dem Hoflager ihres Bruders zurückkehrt, wo sie nahezu zwei Monate weilte. Es ist vielfach erzählt worden, daß die Königin Olga für die Sache der Mittelstaaten gegen den Annexionsdurst Preußens mit Energie gewirkt hat. Wie nun hier in Wien mit Bestimmtheit erzählt wird, ist es auch das Verdienst der Königin Olga, daß sie ihren Bruder von jeder Unterstützung der preußischen Politik abwendig gemacht und und in ein viel freundlicheres Verhältniß zu Oesterreich gebracht hat, als dies seit Jahren der Fall war."

Frankreich. Auf der a. 29. d. in den Tuilerien stattgehabten Soirée haben der Kaiser und die Kaiserin sich im Sinne der Erhaltung des Friedens ausgesprochen. Der französische Gesandte am Wiener Hofe, Herzog von Grammont, hat Aussichten auf eine versöhnliche Politik Oesterreichs eröffnet. Es ist die Rede davon, die Bank von Frankreich habe sich anheischig gemacht, von der englischen Bank auf die ersten Bankiers von Paris gezogene Wechsel zu acceptiren. In militairischer Beziehung soll die Aufrechthaltung des Status quo während der Dauer des Congresses vereinbart sein. Briefe aus Spanien lassen den baldigen Ausbruch einer neuen progressistischen Bewegung voraussehen.

Italien. Die militärische Thätigkeit dauert trotz der Kongreßaussichten nngeschwächt fort. Seit dem 20. Mai stehen 50 Bataillone mobiler Nationalgarde unter den Waffen, jedes derselben zählt 600 Mann; 10 weitere Bataillone sind jede Stunde zum Ausrücken bereit. Für die reguläre Armee wird die Bildung der fünften Bataillone bis zum 1. Juni vollendet sein, dieselben sind bestimmt, in Verbindung mit den Nationalgarden die Ruhe und Sicherheit der südlichen Provinzen gegen das Brigantenthum zu schützen. — Neben den zehn Regimentern Freiwilligen, die in Organisation begriffen stnd, werden zwei freiwillige Bersaglieri-Bataillone gebildet, das Genuesische zu Gavi bei Novi; das Mailändische zu Laveno am Lago maggiore. Garibaldi rechnet offenbar auf die Mitwirkung der Flotte, da er sich Artillerie verbeten hat. Er will vor Allem Leute, die starke Muskeln zum Bajonnetangriff, Bergklettern und Dauerlauf, feste Gesundheit und Heldenmuth haben. — Die Pferde-Requisition hat jetzt begonnen. Alle Personen welche mehr als zwei Pferde besitzen, müssen dieselben vorführen; jedoch bleiben die Omnibus- und Fiakerpferde verschont. Man kommt der Regierung übrigens mit großer Bereitwilligkeit entgegen; von mehreren Seiten wurden die Pferde sogar unentgeltlich hergegeben. Den im Jahre 1846 geborenen jungen Leuten werden keine Pässe mehr gegeben, ein Zeichen, daß die Einziehung dieser Klasse bevorsteht.

Provinzielles

Danzig, den 31. Mai. (D. Z.) Die von dem hiesigen Magistrat nnd der Stadtverordneten-Versammlung an Se. Maj. den König am 15. Mai abgesandte Adresse lautet wie folgt:

„Allerdurchlauchtigster 2c. In ernster und schwerer Zeit fühlen die Vertreter einer der ersten Handelsstädte des Landes sich in ehrfurchtsvollem Vertrauen gedrungen, Ew. Kgl. Maj. von der allgemeinen Bedrängniß und Beunruhigung, welche die Gemüther der Bürgerschaft erfüllt, allerunterthänigst Kenntniß zu geben.

„Noch sind die tiefen Wunden, welche die dänische Blokade dem Handel unserer Stadt geschlagen hat, nicht vernarbt, noch die Verluste nicht verschmerzt, welche ihr aus der polnischen Insurrection erwachsen, noch leidet dieselbe unter der Mißernte, von welcher im vorigen Jahre unser Hinterland (die Provinz Preußen und das Königreich Polen) betroffen worden sind, auf das schwerste — da tritt von Neuem eine völlige Lähmung des Verkehrs durch die umfassendsten Kriegsrüstungen ein, welche in Preußen, in Oesterreich, in den andern deutschen Bundesstaaten und in Italien Millionen von Streitern unter die Waffen gerufen haben.

„Je weniger sich die Ausdehnung und die Folgen eines ausbrechenden Krieges ermessen lassen, desto tiefer ist das Vertrauen auf die Zukunft und mit diesem der kaufmannische Credit in allen Handelsplätzen erschüttert.

„Schon jetzt sind in unserer Provinz und in London, also in unserem Productions- wie in unserm Absatzgebiete, Concurse von großem Umfange ausgebrochen, welche unsern Handelsstand in arge Mitleidenschaft gezogen haben; die wohlhabensten und solidesten Handelshäuser auch unserer Stadt laufen Gefahr, bei weiterem Umsichgreifen der Zahllungseinstellungen an andern Orten ihre Verpflichtungen auch nicht erfüllen zu können.

„Welche unheilvolle Rückwirkung die Stokung der Geschäfte bei uns auf die in ihrem Wohlstande stark erschütterten Grundbesitzer von ganz Westpreußen ausüben muß, die ihre Producte größtentheils durch Danzigs Vermittelung absetzen, erlauben wir uns hier nur ehrerbietigst anzudeuten; hervorzuheben aber drängt es uns, daß in unserer Stadt der Stillstand der Gewerbthätigkeit auch die zahlreiche arbeitende Bevölkerung in ihrer Existenz bedroht.

„Während die Quellen des Erwerbs versiegen, drohen die Ansprüche an unsere Leistungen ins Unerschwingliche zu wachsen, denn zu den Abgaben, die schon vorher schwer, selbst auf den wohlhabenden Theil der

Bevölkerung drückten, kommen jetzt die Lasten, welche die Mobilmachung mit sich führt, treffen die Sorgen so vieler Familien, denen ihr Ernährer entzogen ist.

„Wohl wissen wir, daß solche Leiden in jedem großen Kriege unvermeidlich sind, und die Geschichte unserer Provinz beweist, daß sie willig ertragen, daß die größten Opfer freudig gebracht wurden, als es galt, die Freiheit und Unabhängigkeit des Vaterlandes zu erringen. Aber jetzt sind die Ziele des nahenden Krieges nicht bekannt; es fehlt der Bevölkerung die Ueberzeugung, daß er durch die Gefährdung der heiligsten Interessen des Vaterlandes geboten ist. Sie vermag sich daher nicht zu der Begeisterung, von der sie in den Zeiten der Freiheitskriege getragen worden ist, aufzuschwingen und wird von der Besorgniß niedergedrückt, daß ein unter den jetzigen Verhältnissen unternommener Krieg über den Staat und unsere Stadt nur Leiden, aber keinen Gewinn für das Vaterland bringen wird. Darum bitten Ew. Majestät wir ehrfurchtsvoll, vor der unwiderruflichen Entschließung zum Kriege kein mit dem Wohle des Volkes verträgliches Mittel zur friedlichen Lösung der gegenwärtigen Verwickelungen unversucht zu lassen. In tiefster 2c.“

Bromberg, den 30. Mai. Der Vorstand der hiesigen Schützengilde hat an seine Mitglieder die Aufforderung erlassen, als bewaffnete Corporation von jetzt ab den Wacht- und Patrouillendienst in der Stadt zu übernehmen. Durch die Mobilmachung und den Ausmarsch der Truppen ist nämlich unsere Stadt gegenwärtig gänzlich von Militär entblößt und es fehlt demzufolge der nöthige Schutz für das Eigenthum, wie auch gegen Ruhestörung. Laut Beschluß des Magistrats ist es Sache der Bürgerschaft in solchen Fällen selbst einzutreten und nach dem Statut ist die Schützengilde zu solchem Dienst verpflichtet. Der Gilde wird sich die freiwillige Feuerwehr anschließen und zwar derart, daß einen Tag die Feuerwehr und zwei Tage die Schützengilde den Wacht- und Patrouillendienst versieht; derselbe findet von Abends 9 bis Morgens 5 Uhr statt und erfordert täglich 12 Mann.

Goldap, den 29. Mai. (Zu den Wahlen.) Am 28. d. M. erschien, wie man der „Preuß.-Litt. Ztg.“ schreibt, der Ober-Regierungsrath Siehr aus Gumbinnen am hiesigen Orte und versammelte sämmtliche städtischen Lehrer in der Knabenschule, weniger um Schul- als um Wahl-Angelegenheiten mit ihnen zu verhandeln. Seine Ansprache lautet wörtlich: „Man pflegt zu sagen, es ist schön, wenn der Lehrer sich um Politik nicht kümmert, allein dieser Grundsatz ist unrichtig, auch der Lehrer habe sich um Politik zu kümmern und zwar muß derselbe stets die Politik der Regierungen unterstützen. So verlangt die Königliche Regierung auch dieses Mal von Ihnen, daß Sie im Sinne der Regierung Ihre Stimmen abgeben und auch bei der Einwohnerschaft zu bewirken suchen. Sie haben also für diejenigen Candidaten zu stimmen, die Ihnen von der Regierung als solche bezeichnet werden und es wird dieses Mal die Königl. Regierung mehr als je darauf achten und sich auch die Einsicht zu verschaffen wissen, welche Lehrer für oder gegen den von ihr bezeichneten Candidaten gestimmt haben.“

Lokales.

— **Zur Abgeordnetenwahl.** Die „Prov.-Korr.“ sagt: „Der Termin für die Neuwahlen war bisher noch nicht unbedingt festgestellt, weil die Staatsregierung, welche von vorn herein die möglichste Beschleinigung der Vorbarbeiten für die Wahlen angeordnet hatte, es von der Ausführung derselben abhängig machen mußte, wie nahe sie den Termin für die Urwahlen ansetzen könnte. Es ist die Absicht, dieselben wenn irgend möglich am 18. Juni eintreten zu lassen, in sofern nicht die nothwendige Berücksichtigung und noch stattfindende Erwägung wichtiger gewerblicher Verhältnisse einen Aufschub bis etwa zum 20. Juni erfordern sollte.“ Daneben enthält das ministerielle Blatt wieder eine Ansprache an die Wähler, worin sie Angesichts der Gefahren, welche Preußen bedrohen, nochmals znr einfachen Hingebung an das Vaterland aufgefordert werden; die Lösung des innern Konflikts werde sich dann schon ganz von selbst einstellen. — Es ist unbegreiflich, bemerkt die „Nat.-Ztg.“, wie man der im ganzen Lande herrschenden Stimmung gegenüber von derartigen allgemeinen Wendungen auch nur die geringste Wirkung erwarten kann. Eine Verständigung mit dem Lande war durch ein von vorn herein das volle Vertrauen desselben besitzendes Ministerium einzuleiten, welches noch vor den Wahlen mit den nöthigen Garantien heraustrat. Acceptirte das Land diese Bürgschaften in den Wahlversammlungen, so waren die Abgeordneten hieran gebunden, und die Versöhnung sofort bewirkt. Was dagegen bevorsteht, wenn die Wahlen nnter der Herrschaft der „seitherigen Regierungsgrundsätze“ vollzogen werden und dann wieder das bisherige Ministerium dem neuen Abgeordnetenhause gegenübertritt, das kann schon jetzt jedes Kind errathen.

— **Kreisangelegenheiten.** Im Bericht über die Kreistagssitzung am 25. vor. Mts. (Nr. 83 u. Bl.) theilten wir mit, daß 14 Kreistags-Mitglieder einen Protest gegen die in jener Sitzung geforderten Leistungen an Brodmaterial, Heu 2c. erhoben haben. Zur Orientirung unserer Leser über diesen Protest theilen mit nachstehende Auslassung der „Danz. Ztg.“ v. 31. v. Mts., betreffend „das Gesetz über die Kriegsleistungen und seine gegenwärtige Anwendung“ mit.

Besagtes Blatt sagt: „Wir wollen heute nicht erörtern, ob das „Gesetz wegen der Kriegsleistungen und deren Vergütung vom 11. Mai 1851 den Bestimmungen der Verfassung wirklich entspricht. Wir wollen nur untersuchen, in wie weit die Meinung einiger Kreistage unserer Provinz, daß dieses Gesetz auf Grund seines eigenen § 2 im gegenwärtigen Augenblicke noch nicht anzuwenden sei, eine gerechtfertigte ist.

Wir bemerken zunächst, daß „von dem Tage ab, an welchem die Armee auf Befehl des Königs mobil gemacht wird“, nach § 3 jenes Gesetzes ohne Vergütigung aus der Staatskasse den einzelnen Staatsbürgern oder auch den Gemeinden theils gewisse Arbeitsleistungen, theils die Hergabe ihrer Wohnungen, ihrer Gebäude und sonstigen Liegenschaften zu Kriegszwecken auferlegt werden kann. Es mag unerörtert bleiben, wie diese Bestimmungen mit Artikel 9 der Verfassung zu vereinbaren sind, nach welchem eine Beschränkung des Eigenthums ohne Entschädigung niemals stattfinden darf.

Ferner kann nach dem Gesetz vom 11. Mai 1851 von eben jenem Tage an auf Grund lediglich administrativer Verfügungen der Bedarf an Brodmaterial, Hafer, Heu, Stroh und Fleisch zur Versorgung der Magazine von Einzelnen oder von Gemeinden durch sogenannte Landlieferungen beschafft werden, und diese Landlieferungen brauchen nur durch verzinsliche „Anerkenntnisse“ bezahlt zu werden. Auch auf das von Kreistagsmitgliedern aufgeworfene Bedenken wollen wir hier nicht näher eingehen, ob diese Bestimmung sich mit dem Art. 103 der Verfassuug verträgt, nach welchem Anlehen für die Staatskasse in dem Falle nur auf Grund eines Gesetzes, nicht aber einer ministeriellen Verordnung auf genommen werden können.

Dagegen müssen wir erklären, daß nach unserer Meinung diejenige Bedingung noch nicht eingetreten ist, unter welcher nach § 2 des Gesetzes die Regierung ermächtigt ist, jene Leistungen theils ohne Vergütigung aus Staatskassen, theils gegen bloße Schuldverschreibungen zu fordern. Diese Bedingung ist nämlich die, daß die genannten Leistungen nur in so weit in Anspruch genommen werden dürfen, „als die Beschaffung der Bedürfnisse nicht durch freien Ankauf, resp. Baarzahlung erfolgen kann.“

Wir können kaum annehmen, daß die Geldmittel der Regierung schon jetzt so erschöpft sein sollten, daß sie für Naturalquartier u. s. w. gar keine, für die Landlieferungen aber nur eine Vergütigung in verzinslichem Papier leisten könnte. Denn nach allgemeiner Berechnung werden die bereiten Mittel doch mindestens bis zu der Zeit ausreichen, wo das neu zu wählende Abgeordnetenhaus schon in voller Thätigkeit sich befindet. Dann wird es die Pflicht der Regierung sein, der Volksvetretung den Nachweis zu führen, daß sie wirklich in derjenigen Bedrängniß sich befindet, welche eine so schwere Belastung des Landes rechtfertigt, wie sie nach der amtlichen Bekanntmachung schon jetzt sich herausstellt.

Auch wir sind der Ansicht, wie sie der Gumbinner und andere Kreistage entwickelten, nemlich der, „daß der Fall des § 2 vom 11. Mai 1851 noch nicht eingetreten sei, jedenfalls aber die Staatsregierung den Nachweis, daß dies geschehen, noch nicht geführt habe.“ Und führen, und zwar vor den Vertretern des Landes führen, müßte sie nach unserer Meinung diesen Nachweis, ehe sie von den Befugnissen jenes Gesetzes Gebrauch machte. Denn der Meinung werden wohl die Abgeordneten des Jahres 1851 nicht gewesen sein, daß die bloßen Ansichten der Minister über die Bedürfnißfrage schon ausreichen sollen, um den Bürgern und Gemeinden des Landes solche Lasten aufzulegen.
Sollten wir aber irren, sollte die Regierung sich wirklich in einer Geldnoth befinden, wie wir bis zu diesem Augenblicke es noch nicht voraussetzen können, so hat sie das sicherlich am 9. Mai auch schon gewußt. Und wußte sie es, weshalb hat sie denn an diesem Tage dem Könige nicht die sofortige Berufung, sondern die Auflösung des bisherigen Abgeordnetenhauses vorgeschlagen?

— **Die Sparkassen** — sind, wer möchte das heute noch in Abrede stellen wollen, Wohlthätigkeits-Anstalten bester Art und dürfte es sehr überflüssig sein, über ihrem Nutzen noch etwas schreiben zu wollen. Nach unserer eigenen Erfahrung aus jüngster Zeit wird die Wohlthat dieser Kredit Anstalten noch nicht so erkannt und gewürdigt, namentlich nicht von den Angehörigen der sogenannten Arbeiter-Klasse, wie es wünschenswerth ist und Noth thut. Mehrere hiesige Arbeiter sind unlängst zur Fahne einberufen worden. Als sie der Ordre Folgen gaben, da geriethen sie in Verlegenheit, nicht dadurch, daß es ihnen an Geld fehlte, im Gegentheil, sie hatten sich Etwas erspart, aber das Geld an Personen ausgeliehen, welche ihnen die gewährten Darlehne nicht sofort zurückgeben konnten, oder mochten. Hätten diese Personen in der That nicht zweckmäßiger und für sich vortheilhafter gehandelt, wenn sie ihre Ersparnisse bei der städt. Sparkasse, oder der Sparkasse des Vorschußvereins angelegt hätten? — Beim Abmarsch hätten diese Anstalten den Besagten ihre Ersparnisse, bei kleineren Beiträgen, sofort, wie es geschehen ist, ganz mit den Zinsen, bei größeren doch in angemessenen Quoten ausgezahlt. — Wäre es nicht anders, wenn die Arbeitgeber ihre Arbeitnehmer, Dienstboten, Tagearbeiter 2c. auf die bestehenden Sparkassen aufmerksam machen würden?

— **Vorschußverein.** Am Donnerstag, d. 31. d. hatte eine außerordentliche Generalversammlung der Mitglieder statt, und zwar aus dem Grunde, ihnen durch die Darlegung des finanziellen Zustandes des Vereins jede Besorgniß als ungerechtfertigt zurückzuweisen. Die Activabetragen 65,748 Thaler, davon 121 Thlr. Kassabestand, 65,336 Thlr. Wechselbestand, 200 Thaler Aktien der deutschen Genossenschaftsbank. Die Passiva betrugen gleichfalls 65,748 Thaler, davon 39,355 Thlr. aufgenommene Darlehne, 144 Thlr. Sparkasseneinlagen, 21,563 Thlr. Guthaben der Mitglieder, 1476 Thlr. Reservefonds, 2143 Thlr. Gesammtüberschuß 2c. — Die Mitgliederzahl betrug am 28. v. Mts. 531. Die Geschäftsübersicht erwies auch, daß der Verein seinen Verpflichtungen nachkommen könne und werde. Der Vorsitzende des Ausschusses Herr H. Schwartz erinnerte in seiner mit großem Beifall aufgenommenen Ansprache an die Vers. an die Tendenz des Vereins, welcher seit seinem Bestehen der hiesigen Gewerbethätigkeit erfolgreich zur Seite gestanden habe, mahnte die Mitglieder in dieser kritischen Zeit erst recht fest und einig zusammenzuhalten, und erklärte, daß der Ausschuß auch fernerhin nach Kräften den Mitgliedern beistehen werde.

— **Das schwere Gewitter,** welches in der Nacht von vor. Donnerstag zu Freitag um 12 Uhr eintrat, ist nicht ohne Schaden zu verursachen über die Stadt und Umgegend gezogen. In der Gegend von Zlotterie äscherte der Blitz, wie wir vernehmen, ein großes Gehöft ein.

— **Zur Mobilmachung.** Verordnung der HH. Minister des Kriegs und des Innern:

„Um den im Fall eines Krieges eintretenden Bedarf an Ersatzmannschaften zu decken, ohne die älteren Jahrgänge der Landwehr heranziehen, soll nöthigenfalls noch im Laufe des Sommers eine Musterung der Heerespflichtigen, welche in den Jahren 1865 rückwärts bis 1857 von der Einstellung frei geblieben sind, stattfinden, und zu diesem Behufe ein zweites Ersatzgeschäft abgehalten werden. Bei demselben concurriren alle in den Jahren 1843 bis einschließlich 1835 (nicht 1846, wie falsch telegraphirt war) [in Westphalen 1842 bis 1834] geborenen Heerespflichtigen, welche in den Jahreu 1865 bis einschließlich 1857 1) zur Armee-Reserve, 2) zum Train oder zum Dienst als Handwerker, 3) zur Ersatz-Reserve designirt worden, oder 4) disponibel geblieben sind. Ad 3 findet die Heranziehung statt, gleichviel, ob die Designirung zur Ersatzreserve wegen körperlicher Fehler oder wegen Familien-Verhältnisse oder wegen hoher Loosnummer stattgefunden hat, und bleiben hiernach nur diejenigen Heerespflichtigen der gedachten Jahrgänge von der beabsichtigten wiederholten Vorstellung ausgeschlossen, welche seiner Zeit als dauernd dienstunbrauchbar von aller ferneren Dienstpflichtigkeit gänzlich entbunden worden sind. Zur Vorbereitung des zweiten Ersatzgeschäftes haben die Ersatzbehörden zunächst eine öffentliche Aufforderung an die Personen der oben bezeichneten Kategorien zur Meldung bei den mit Führung der Stammrollen beauftragten Behörden, unter der Verwarnung zu erlassen, daß diejenigen, welche sich nicht melden als unsichere Heerespflichtige behandelt werden. Zur Vermeidung von Mißverständnissen ist in jener öffentlichen Aufforderung hervorzuheben, daß die Gestellung nur zum Zweck der eventuellen Musterung zu erfolgen habe. . . . . 2c.

Industrie, Handel und Geschäftsverkehr.

— **Darlehnskassenscheine.** Wie die „B. B. Z.“ wissen will, wird gegenwärtig eine Anweisung an die Lokalbehörden vorbereitet, welche die Annahme der Darlehns-Kassenscheine bei den Staatskassen wesentlich einzuschränken bestimmt ist. Die Kassen sollen nämlich angewiesen werden, die Darlehnskasserscheine nur in denjenigen Stücken in Zahlung anzunehmen, welche sich den zu zahlenden Beträgen zunächst anschließen, so daß also bei der Zahlung von Beträgen, welche mit Scheinen von Einem und resp. Fünf Thaler ausgeglichen werden können, Scheine von Fünf und resp. Zehn Thalern nicht zur Annahme gelangen würden. Für den internen Postanweisungsverkehr sollen die Bestimmungen noch durch die Anordnung erweitert werden, daß event. auf den Postanweisungen die erfolgte Einzahlung in Darlehns-Kassenscheinen vermerkt und demgemäß auch nur die Auszahlung wiederum in Darlehns-Kassenscheinen übernommen, jede Weigerung, Darlehns-Kassenscheine auf Postanweisungen anzunehmen, aber überhaupt als Annahmeverweigerung angesehen wird. — Wir wissen nicht, wie weit diese Angaben richtig sind; sollten aber derartige Bestimmungen im Werke sein, so würde damit von der Staatsregierung selbst der erste Schritt zur Einführung einer doppelten Papiervaluta und einer Minderwerthigkeit der Darlehnskassenscheine geschehen.

Berlin, den 1. Juui. Roggen animirt $45\,^5/_8$ — Spiritus $12\,^1/_2$. — Russ. Banknoten 66.

Danzig, den 1. Juni Weizen | mehr oder weniger ausgewachsen von $53/77\,^1/_2$ Sgr.; gesund von $75/87\,^1/_2$ Sgr. — Roggen von 46—49 Sgr. — Spiritus ohne Zufuhr.

Thorn, den 2. Juni. Es wurden nach Qualität und Gewicht bezahlt, für
Weizen: Wispel gesund 36—64 thlr.
Roggen: Wispel 30—32 thlr.
Erbsen: Wispel weiße 33—40 thlr.
Gerste: Wispel kleine 28—30 thlr.
Hafer: Wispel 20—22 thlr.
Kartoffeln: Scheffel 13—15 sgr.
Butter: Pfund $5\,^1/_2$—6 sgr.
Eier: Mandel 3—$3\,^1/_2$ sgr.
Stroh: Schock 10—12 thlr.
Heu: Centner 25—30 sgr.

Agio des Russisch-Polnischen Geldes. Polnisch Papier 151 pCt. Russisch Papier 152 pCt. Klein-Courant 40—44 pCt. Groß-Courant 11—12 pCt. Alte Silberrubel 10—13 pCt. Neue Silberrubel 6 pCt. Alte Kopeken 13—15 pCt. Neue Kopeken 45 pCt.

Amtliche Tages-Notizen.

Den 1. Juni. Temp. Wärme 11 Grad. Luftdruck 28 Zoll — Strich. Wasserstand 2 Fuß 6 Zoll.
Den 2. Juni Temp. Wärme 12 Grad. Luftdruck 28 Zoll 2 Strich. Wasserstand 2 Fuß 6 Zoll.

Inserate.

Bekanntmachung.

In dem Konkurse über das Vermögen des Kaufmanns S. Cohn in Culmsee ist der Kaufmann M. Schirmer hier zum definitiven Verwalter bestellt.

Thorn, den 24. Mai 1866.

Königliches Kreis-Gericht.
1. Abtheilung.

Turn-Anzüge
für Knaben von 6—14 Jahr
bei **Jacob Danziger.**

Bekanntmachung.

In dem Kaufmann D. Bressler'schen Konkurse ist der Kaufmann M. Schirmer hier zum einstweiligen Verwalter bestellt.

Thorn, den 26. Mai 1866.

Königliches Kreis-Gericht.
1. Abtheilung.

Bekanntmachung.

Auf dem Gute Nawra sollen

am 23. Juni d. J.

Vormittags 10 Uhr

150 Schafe meistbietend verkauft werden.

Thorn, den 16 Mai 1866.

Königliches Kreis-Gericht.
1. Abtheilung

Bekanntmachung.

Am Mittwoch

den 13. Juni d. J.

Vormittags von 9 Uhr ab

sollen im Corridor des Gerichts verschiedene abgepfändete Gegenstände, als: Betten. Möbel, Kleidungsstücke, Gold- und Silbersachen meistbietend gegen gleich baare Bezahlung, verkauft werden.

Thorn, den 25. Mai 1866.

Königliches Kreis-Gericht.

Bekanntmachung.

Wir bringen hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß die Königl. Bankanstalten und ebenso die Darlehenskassen ermächtigt sind, in diesem Jahre Darlehne auf Wolle bis zu zwei Drittel des Taxwerths zu gewähren.

Berlin, den 31. Mai 1866.

Königl. Preuß. Haupt-Bank-Direktorium.

Stachelbeertörtchen

à 1 Sgr., so wie Mürbteichböcken à 2 Pf., zu Obsttörtchen empfiehlt täglich frisch die Conditorei von

C. R. Malskat.

Violinbogen

werden schnell und billig bezogen in der Instrumentenhandlung von **C. Lessmann**
Kl. Gerberstraße 81.

Ein **Commis**, (tüchtiger Expedient) mit der Buchführung vertraut, und der polnischen Sprache mächtig, findet in unserm Destillations-Geschäft eine Stelle.

Gute Zeugnisse sind erforderlich.

Strelow & Lindner.
Bromberg.

„Leihbibliothek Culmer-Straße 319."

„Der Erbe von Bettys Ruh" von Ph. Galen ist auszuleihen.

Mehrere hundert Schock **Kumst-Pflanzen** à Schock 1 Sgr., **Wrucken-Pflanzen** à Schock 6 Sgr. sind zu haben im Klostergarten in Podgorz bei

Lichnowski,
Kunstgärtner.

Berliner Pianino's



von vorzüglicher Arbeit, schönem Ton und sauberer Spielart empfiehlt die Instrumentenhandlung von

C. Lessmann.
Kl. Gerberstraße Nr. 81.

Hôtel de Danzig

stehen 2 gute Wagen-Pferde zum Verkauf.

Brodfabrik der Stadtmühlen.

Vom 1. Juni ab wird die von mir auf der Schloßmühle neu erbaute Brodfabrik in Betrieb gesetzt; in der Gewerbehalle im Rathhause und auf der Schloßmühle sind Brodverkaufsstellen eingerichtet.

Es wird mein Bestreben sein, meinen geehrten Abnehmern gut ausgebackenes, reines Roggenbrod, den Getreidepreisen angemessen, billig zu liefern.

J. Kohnert.

Hamburg-Amerikanische Packetfahrt-Actien-Gesellschaft.

Directe **Post-Dampfschifffahrt** zwischen

Hamburg und New-York.

eventuell **Southampton** anlaufend, vermittelst der Postdampfschiffe

Borussia, Capt.	**Schwensen**,	am 2. Juni.*	**Saxonia**, Capt.	**Meier**,	am 23. Juni.
Germania, „	**Ehlers**,	„ 9. Juni	**Teutonia** „	**Haack**,	„ 30. Juni.*
Bavaria „	**Taube**,	„ 16. Juni.*	**Allemania**, „	**Trautmann**	„ 7. Juli.
Hammonia (im Bau.)			**Cimbria** (im Bau.)		

Die mit * bezeichneten Dampfschiffe laufen **Southampton nicht** an.

Passagepreise: Erste Kajüte Pr. Crt. 150 Thlr., Zweite Kajüte Pr. Crt. 110 Thlr., Zwischendeck Pr. Crt. 60 Thlr.

Fracht bis auf Weiteres ermäßigt auf L. 2 10, pr. ton von 40 hamb. Cubicfuß mit 15 % Primage

Näheres bei dem Schiffsmakler **August Bolten**, Wm. Millers Nachfolger, Hamburg sowie bei dem für Preußen zur Schließung der Verträge **für vorstehende Schiffe allein** concessionirten General-Agenten

H. C. Platzmann in **Berlin, Louisenstraße Nr. 2.**

Hämorrhoidal-, Unterleibs-

Sechs Regeln,
für die
natürliche Gesundheitspflege.

1) Iß und trink, möglichst gut und Alles, worauf Du Appetit hast.

2) Trink namentlich täglich mindestens drei Glas frischen Brunnenwassers. Mehr ist besser.

3) Bade so oft wie möglich.

4) Laß deine Haut — am besten täglich, jedenfalls aber nach jedem auch dem kleinsten Hautschauer, tüchtig frottiren.

5) Sorge stets für frische Luft im wachenden und schlafenden Zustande.

6) Solltest Du Dich dann noch nicht behaglich und wohl fühlen, so trink den Tag über ein, auch zwei Gläschen

Daubitz-Liqueur*)

und Du wirst sehen, daß Du ein gesunder Mensch bleibst oder wirst.

NB. Wer über die hier angegebene Wirkung des Daubitz-Liqueur Beweise haben will, wende sich an R. F. Daubitz in Berlin (Charlottenstraße 19), und er wird wahrheitsgetreue gedruckte Atteste erhalten.

und Magenbeschwerden.

*) Nur allein echt zu beziehen bei

H. Findeisen.

Wollband

bester Sorte, dünn gearbeitet und trocken, empfiehlt den Herrn Wollhändlern und Gutsbesitzern pro Ctr. 14 Thlr., pro Pfd. $4\frac{1}{2}$ Sgr.. die Leder- und Seiler-Handlung von

Scholly Behrendt.
Baderstraße 81.

Eine **Meßkette** für Geometer ist zu verkaufen Brückenstr. 13 1 Tr. hoch.

EIS!!!

täglich bei **C. R. Malskat.**



Um mit meinem Vorrath von fertigen **Sopha's** zu räumen verkaufe ich dieselben zu sehr billigen Preisen.

A. Geelhaar.

Endesgefertigter attestire hierdurch, daß der **weiße Brust-Syrup** von **G. A. W. Mayer** in **Breslau** sowohl mir als meinen Kindern bei Husten und Heiserkeit sehr wohlthätig gewirkt hat, daher ich ihn Jedermann empfehlen kann.

Preßburg (Ungarn), den 5. Mai 1865.

Wilhelm Schnitzler, Handschuhmachermeister.

Der G. A. W. Mayer'sche weiße Brustsyrup ist in **Thorn allein ächt** zu **haben** in der **Tabaks- und Cigarr.-Handl.** von **J. L. Dekkert.**

Gerechtestraße Nr. 110 sind möblirte Zimmer zu vermiethen.

Im Besitz eines großen Postens feinster Weizen-Stärke verkaufe ich das Pfund mit $3\frac{1}{2}$ Sgr. bei 5 Pfund mit 3 Sgr. den Ctr. mit 9 Thlr.

Adolph Raatz.

Ein möblirtes Zimmer nebst Kabinet ist Gerechtestraße 123 mit auch ohne Beköstigung sogleich zu vermiethen.

C. Kahle.

Ein möblirtes Zimmer nebst Kabinet ist zu vermiethen Bäckerstraße 166 2 Treppen hoch.

Eine Parterre-Wohnung, vornheraus, ist sofort oder vom 1. Juli cr. zu vermiethen Tuchmacherstraße Nr. 186.

Ein großes möblirtes Zimmer steht sogleich zu vermiethen Culmerstraße 332.

Im Majewski'schen Hause neben dem botanischen Garten ist eine Sommerwohnung zu vermiethen.

G. Hirschfeld
Culmerstraße.

Neustädter Markt Nr. 237 ist sowohl die Parterre-Wohnung als auch die erste Etage mit Küchen, Keller 2c. sofort oder zum 1. Juli cr. zu vermiethen bei **Ch. Thomas.**

Kirchliche Nachrichten.

In der altstädtischen evangelischen Kirche.

Getauft: Den 27. Mai Emma Caroline, T. d. Kämmereik.-Rend. Engelhardt; Henriette Friederike Emma, T. d. Barb. Wolff; Elise Johanna Amande, T. d. pens. Gensdarm Lemke.

Gestorben: Den 26. Mai Carl Gustav, S. d. Schuhm. Olawski, ertrank im Stadtgraben, 5 J. 4 M. alt; den 27. Johanna, T. d. Strohmauff. Salomon, 8 M. 12 T. alt, an der Halsbbräune; Hermann, S. d. Feilenhauerm. Seepold, 1 J. 6 M. alt, an der Luftröhrenentzündung; der 29. der Kfm. Feldtkeller, 44 J. 11 M. 16 T. alt, am Schlagfluß.

In der St. Marien-Kirche.

Getauft: Den 27. Mai Martha, unehl. K. zu Gr. Mocker; Stanislaus, S. d. Eigenth. Trokowski zu Gr. Mocker; d. 31. Paul, S. d. Arb. Olkiewicz zu Gr. Mocker.

Gestorben: Den 29. Mai der Altsitzer Kilinski zu Gr. Mocker, 70 J. alt, am Typhus; das unehl. K. Martha Svarska zu Gr. Mocker, 12 T. alt, an Krämpfen; den 30. das unehl. K. Michael Goraczynski zu Catharinenflur, 19 T. alt, an Schwäche.

In der St. Johannis-Kirche.

Getauft: Den 20. Mai Rosalie Marianna, T. des Schleiferm. Wittmann; d. 21. Teophil, S. d. Schumacherm. Woyciechowski.

Gestorben: Den 29. Mai Felix, S. d. Victualienh. Kurowski, starb gleich nach der Geburt.

Es predigen:

Dom. I. p. Trinit., den 3. Juni cr.

In der altstädtischen evangelischen Kirche.

Vormittags Herr Pfarrer Gessel.
Militairgottesdienst fällt aus.
Nachmittags Herr Superintendentur-Verweser Pfarrer Markull.
Freitag, den 8. Juni Herr Pfarrer Gessel.

In der neustädtischen evangelischen Kirche.

Vormittags Herr Pfarrer Dr. Güte.
Nachmittags Herr Pfarrer Schnibbe.
Dienstag, den 5. Juni Morgens 8 Uhr Herr Pfarrer Dr. Güte.
Mittwoch, den 6. Juni Abends 6 Uhr Bibelstunde Herr Pfarrer Schnibbe.

Verantwortlicher Redakteur Ernst Lambeck. — Druck und Verlag der Rathsbuchdruckerei.

Extra-Beilage zum Thorner Wochenblatt.

No. 85. Sonnabend, den 2. Juni. 1866.

Nach langen und schweren Leiden entschlief heute Vormittag um 11 Uhr unser geliebter theurer Vater, Großvater und Schwiegervater,

der Rentier Johann Schmidt,

Ritter des eisernen Kreuzes,

in einem Alter von 78 Jahren.

Verwandten, Freunden und Bekannten widmen diese Trauerkunde

Thorn, den 2. Juni 1866

die Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Dienstag, den 5. d. Mts. Morgens 7 Uhr vom Sterbehause aus statt.